

„Die Leute haben Angst“: Das ‚Management of Fear‘ in Aushandlungsprozessen um Rassismus und Rechtspopulismus

Luise Böhm

ABSTRACT: Der Beitrag untersucht die Reaktionen einer ostdeutschen Stadtverwaltung auf eine erfolgreiche rassistische Bewegung und, damit einhergehend, auf die ‚zu rechten‘ Einstellungen ihrer Bürger:innen. Mit einem affekttheoretischen Fokus stellen sich die Lösungsansätze der Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung als ‚Management of Fear‘ dar. Auf diese Weise werden – auch vor dem gemeinsamen Erfahrungshintergrund der Wende- und Nachwendezeit – rassistische Einstellungen als Sorgen und Ängste legitimiert und vom illegitimen Hass des rechten Rands abgegrenzt. Die Untersuchung zeigt zugleich, dass etablierte Strategien des Umgangs mit ‚rechts‘ an neuen populistischen Inszenierungen rechter Akteur:innen scheitern, gerade weil sie gesamtgesellschaftlichen Rassismus dethematisieren.

SCHLAGWORTE: Brauner Osten, Stadtverwaltung, Rassismus, Rechtspopulismus

ZITIERVORSCHLAG: Böhm, L. (2025): „Die Leute haben Angst“. Das ‚Management of Fear‘ in Aushandlungsprozessen um Rassismus und Rechtspopulismus. In: Berliner Blätter 91, 36–52, DOI: 10.60789/911179.

Einleitung

„Nicht Laustadt ist das Problem – der Rassismus einiger Leute ist ein Problem.

Nicht Laustadt ist das Problem – mangelnde Bereitschaft zur Integration ist ein Problem.

Nicht Laustadt ist das Problem – Straftaten sind ein Problem.

Nicht Laustadt ist das Problem – fehlende Kapazitäten in Kitas und in Schulen sind ein Problem. Nicht Laustadt ist das Problem – politischer Extremismus [...] ist ein Problem.

Nicht Laustadt ist das Problem – Hass und Frust, Perspektivlosigkeit und Unsicherheit sind Probleme.“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018)

Laustadt ist offenbar eine Stadt mit Problemen. Laustadt selbst ist aber laut Aussage des Oberbürgermeisters eindeutig nicht das Problem – obwohl die Stadt „als ‚braunes Nest‘ oft im Mittelpunkt“ (ebd.) medialer Berichte stand und steht. In Laustadt kommt es zwischen 2017 und 2018 wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bewohner:innen

mit und ohne Fluchterfahrung. In der damaligen medialen Berichterstattung wird die Stadtgesellschaft als tief gespalten über den Zuzug von Geflüchteten dargestellt. Und während es durch zahlreiche Initiativen, Bündnisse und Vereine schon lange eine Gegenwehr gegen bestehende rechtsradikale Strukturen in der Stadt gibt, zieht etwa zeitgleich mit der beginnenden medialen und stadtpolitischen Debatte auch noch der Verein Landliebe¹ mit seinen rassistischen Kundgebungen in die Laustädter Innenstadt, wo er ein großes lokales wie überregionales Publikum anzieht.

Was unternimmt eine Stadtverwaltung angesichts von Bürger:innen, die mit ihrem Handeln die vermeintlich gemeinsame Wertebasis in Frage stellen? Nach dem ‚Sommer der Migration‘ stellt sich diese Frage mitnichten nur in Laustadt: Bundesweit wird die sogenannte Willkommenskultur schon wenig später von Entsolidarisierungsprozessen abgelöst, bundesweit wird gegen Zuwanderung und Migration mobilisiert und Geflüchtetenunterkünfte werden im ganzen Land angegriffen (Blickle u. a. 2015). In diesem Beitrag gehe ich mit auf die Problemsuche der Laustädter Stadtverwaltung. Dabei nehme ich eine postmigrantische Perspektive ein, mit der Migration keine Ausnahme oder Krise darstellt, sondern den dauerhaften Status einer Einwanderungsgesellschaft kennzeichnet. Der „Fokus [soll] auf gesellschaftspolitischen Kernkonflikten um Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe“ (Foroutan 2019, 14) liegen, die mit allgegenwärtigen Debatten um Zuzug und Migration verwoben sind.

Laustadt heißt eigentlich anders. Ort und Kontext dieser Untersuchung werden pseudonymisiert: Vor allem, um das möglicherweise bereits voreingenommene Bild von dieser ostdeutschen Stadt als „braunes Nest“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018) zu irritieren. Denn ich will die Gleichzeitigkeit in den Blick nehmen, in der rassistische Verhältnisse sowie rechtsradikale Strukturen in Ostdeutschland eine unentschuld bare Realität sind, und diese darüber hinaus im bundesweiten Diskurs vor allem dort verortet werden. Während ich den Laustädter Aushandlungsprozess in seiner Spezifik untersuchen möchte, sehe ich rassistische Ausgrenzungspraktiken in der wiedervereinigten Bundesrepublik aber nicht als eine originär ostdeutsche, sondern als gesamtgesellschaftliche Problematik an. Das Narrativ des ‚Braunen Ostens‘ (Heft 2018) soll im Folgenden als solches weder widerlegt noch reproduziert, sondern in seiner Funktion als Externalisierungspraktik kontextualisiert werden. Dieser Beitrag reiht sich damit gerade nicht in die Suche nach einer Erklärung für die in Ostdeutschland immer wieder nachgewiesenen hohen rassistischen und rechtsradikalen Einstellungswerte ein. Stattdessen spüre ich mit der Untersuchung den institutionellen Erklärungsmustern und Lösungsansätzen für diese Einstellungswerte nach, die mit dem Narrativ des ‚Braunen Ostens‘ wiederum eng verknüpft sind.

„Laustadt, Nazistadt“

Was ist also zum Zeitpunkt der Untersuchung, im Jahr 2019, in Laustadt los?² Im Interview mit einem Mitarbeiter einer Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt berichtet mir dieser von einem „wahnsinnigen Anstieg von rassistischer Gewalt“ in Laustadt. Auch das gesellschaftliche Klima habe sich zwischen 2017 und 2018 nachhaltig verschoben: „Die Veränderung, die passiert ist, ist realer Zuzug von Geflüchteten plus rassistische Mobilisierung, die sich massiv auf der Straße bei den Aufmärschen gezeigt hat“. Mitverantwortlich für diese Mobilisierung ist der Verein Landliebe, der seine radikalen Inhalte populistisch zu verpacken weiß. Anders als einige meiner Forschungspartner:innen verstehe ich Rechtspopulismus nicht als inhaltliche Ausrichtung oder politische Programmatik, sondern als spezifische

Form der Ansprache und Inszenierung rechtsradikaler und völkisch-nationalistischer Inhalte (Häusler 2021, 71). Statt mit dem Begriff ‚weniger rechte‘ Positionen zu markieren, verstehe ich unter Rechtspopulismus also eine modernisierte Kommunikationsform, mit der rechtsradikales Gedankengut niedrigschwellig, weil zunächst harmlos erscheinend, verbreitet wird (Häusler 2008, 48).³ Der Verein Landliebe aktiviert bei den monatlichen Veranstaltungen nicht nur Teile der Laustädter Bevölkerung, sondern erreicht auch durch breite Allianzen im regionalen und überregionalen rechtsradikalen Spektrum zwischenzeitlich vierstellige Teilnehmendenzahlen. Im Publikum der Laustädter Demonstrationen finden sich etwa neben AfD-Abgeordneten auch Hooligans des Laustädter Fußballvereins, Akteur:innen der lokalen rechtsradikalen Kampfsport- und Musikszene sowie Mitglieder der Identitären Bewegung. Auch zu Pegida in Dresden bestehen personelle und inhaltliche Parallelen.

Laustadt wird in den Kundgebungen von Landliebe als Exempel für einen Konflikt zwischen Bundespolitik und ostdeutschem ‚Volk‘ dargestellt. Schließlich ist die Region um Laustadt seit Jahrzehnten eine der wichtigsten Kohle- und Energielieferantinnen des Landes – und steht damit heute erneut vor einem grundlegenden Strukturwandel, der in der rechten Argumentation nur die Spitze des Eisbergs ostdeutscher Abwertungserfahrungen bildet. Mit der Strategie, sich gerade diese in Ostdeutschland vorhandenen Abwertungserfahrungen anzueignen, sie in rassistische Feindbilder zu übersetzen und sich als ‚Wende 2.0‘ darzustellen, ist Landliebe im rechten Spektrum keineswegs allein (Häusler 2021, 76 sowie Leser in diesem Band). Auch, dass rechte Akteur:innen sich mediale Diskurse um lokale Gewaltereignisse zu eigen machen, ist seit dem ‚Sommer der Migration‘ vielfach zu beobachten (Hauke 2019, 53). So nutzen die Organisator:innen von Landliebe die fortlaufende, lokale und mediale Debatte über eine Reihe gewalttätiger Straftaten in Laustadt als Ausgangspunkt ihrer Mobilisierung. Sie erreichen im innerstädtischen Diskurs eine weitgehende Ethnisierung der Gewalttaten von Geflüchteten, während die in Laustadt ebenso stattfindende rassistisch motivierte Gewalt gleichzeitig entpolitisiert und als Jugendgewalt verharmlost wird (Fröschner/Warnecke 2019, 34).

Meine Laustädter Interviewpartner:innen stellen zu dieser Zeit übereinstimmend einen „Medienhype“ fest – und ein starkes Framing in der überregionalen Berichterstattung über die Situation in Laustadt. So erklärt eine:r der Interviewpartner:innen, der mediale Diskurs, der „überregional sagt, Laustadt – Nazistadt“, sei unangemessen, stigmatisierend und polarisierend gewesen und habe damit zur Verschärfung der Situation geführt. Der Oberbürgermeister findet, Laustadt müsse „als gefundenes Fressen, als Klischee des verseuchten Ostens herhalten“ (Rede des Oberbürgermeisters, 21.4.2018). „[U]nser Problem mit dem Rechtsextremismus“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018) wird als solches zwar nicht abgestritten. Doch als beispielsweise im Frühjahr 2019 aufgrund der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts medial über Laustadt als „Hochburg des Rechtsextremismus“ berichtet wird, erklärt der Oberbürgermeister zu der „beschämenden Schlagzeile“ und zu dem „fast schon reflexhaft[en] Ruf, dass man doch etwas dagegen tun müsse“ (Rede des Oberbürgermeisters, 27.3.2019):

„Das gleiche Problem gibt es leider auch in Berlin und Dortmund [...] und in vielen, vielen anderen Städten in Deutschland. Überall muss etwas dagegen getan werden. Ich kann Ihnen gerne diese Sätze wiederholen, die dann kommen, und die auch von mir erwartet werden, und die ich auch oft gesagt habe: Rechtsextremismus hat in Laustadt keinen Platz.“ (ebd.)

An seiner Stellungnahme wird einerseits deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und seinen strukturellen Voraussetzungen hier allein über die Distanzierung von diesem ‚Rand‘ erfolgt: Die Abgrenzung vom Rechtsextremen ist so selbstverständlich, dass sie beinahe inhaltsleer erscheint. Andererseits ist in der Stellungnahme des Oberbürgermeisters auch ein über diesen gesellschaftlichen Automatismus hinausgehender Erwartungsdruck erkennbar: Schließlich seien derartige Schlagzeilen „Wasser auf die Mühlen derer, die Laustadt pauschal in die rechte Ecke stellen“ (ebd.). Einige meiner Interviewpartner:innen beobachten in dem skandalisierenden Diskurs um Laustadt die von Kathleen Heft beschriebene „Ossifizierung“ von Rechtsradikalismus (Heft 2018, 364 sowie Heft in diesem Band), gilt Laustadt in diesem bundesweiten Diskurs und in der medialen Berichterstattung doch als Verkörperung des ‚Braunen Ostens‘, der nicht hinterherkommt. Rechtsradikalismus und Rassismus können damit sowohl räumlich als auch zeitlich aus der westdeutsch geprägten Gegenwart in den spiegelbildlich als ‚anders‘ und rückschrittlich konstruierten Osten verschoben werden. Gleichzeitig ermöglicht dieses diskursive Bild es vor Ort in Laustadt wiederum, die Problematisierung von Rechtsradikalismus als mediale, westdeutsch geprägte Zuschreibung zu relativieren. Die Stellungnahme des Oberbürgermeisters scheint demnach vielmehr repräsentativ für die von ihm, spezifisch als Vertreter einer ostdeutschen Stadt, geforderte Distanzierung zu stehen, als sich tatsächlich auf die dringend nötige Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Strukturen und Rassismus in Laustadt zu beziehen.

In den Reaktionen der Stadtverwaltung auf diese stadtgesellschaftliche Situation lassen sich, wie sich im Folgenden zeigen wird, verschiedene abwehrende, normalisierende und entlastende Umgangsweisen ablesen. Bereits hier wird jedoch deutlich, dass die rassistische Mobilisierung rund um Landliebe sowie der Anstieg rassistischer Gewalt in der Stadt gerade nicht den Ausgangspunkt dieser Laustädter Aushandlung bilden (Raab/Radvan 2020, 10). Der städtische Aushandlungsprozess entfaltet sich stattdessen an der als Stigmatisierung wahrgenommenen Diskrepanz zwischen Fremd- und Selbstbildern (Bürk 2012) und problematisiert damit zentral das Image der ostdeutschen Stadt im bundesweiten Diskurs.

Die ‚besorgte Bürger:innenschaft‘ in der Krise

Die Reaktionen der Stadtverwaltung auf diese Krisensituation sowie die Art und Weise, wie meine Interviewpartner:innen diesen Reaktionen Sinn verleihen, geben Einblicke in die Herstellung gesellschaftlicher Verhältnisse. Wie sich zeigt, werden gerade entlang der in Laustadt gefundenen Lösungen Grenzen der Zugehörigkeit und des Ausschlusses gezogen. An den institutionellen Erklärungsmustern für ‚zu rechte‘ Einstellungen in Laustadt und aus den daraus hervorgehenden Maßnahmen lässt sich die Ein- und Abgrenzung einer scheinbar klar bestimmbar Bürger:innenschaft ablesen. Zentral ist dabei das Narrativ der Krise in Laustadt: Die Gruppenkonstruktion der Bürger:innenschaft wird von meinen Interviewpartner:innen in der Stadtverwaltung gerade vor dem Hintergrund einer von ihnen wahrgenommenen stadtgesellschaftlichen Bedrohungslage beschrieben. Laut der Historikerin Fatima El-Tayeb ist es dieses Krisennarrativ in Debatten über Selbstbilder und Zugehörigkeiten der deutschen Nachwendegesellschaft, „das es erlaubt, eskalierende verbale und physische Aggressionen gegen Minorisierte als (verständliche, wenn nicht entschuldbare) Panikreaktion darzustellen“ (El-Tayeb 2016, 210). Auch im Laustädter Aushandlungsprozess bildet das wesentliche Recht, sich sicher fühlen zu können, ein zentrales Element. Wie sich zeigt, gilt dieses Recht jedoch nicht für alle (ebd., 211).

Welches Bild zeichnen meine Forschungspartner:innen in Gesprächen und Reden also von den Laustädter Bürger:innen, die mit AfD und Landliebe sympathisieren? Von welchen Menschen gehen die Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung aus, an wen richten sich ihre daraus folgenden Schritte? Ein:e Interviewpartner:in beschreibt mir jene Laustädter:innen wie folgt:

„Dieses System, das ihnen sowieso immer schon aufdrückt, du bist nichts, du hast nichts, du kannst nichts [...], ich glaube, das macht die Menschen nicht glücklich. [...] Und wenn du nicht glücklich bist, dann bist du eben der, der da bei Höcke steht und sagt, ja, vielleicht macht der mich irgendwie ja endlich glücklich.“

Die mit dem Rechten sympathisierenden Laustädter Bürger:innen tauchen in den Erzählungen der Mitarbeiter:innen nicht nur als unglücklich auf, sondern auch als frustriert und verwirrt, als unwissend und träge, „zu faul, zu bequem [...], mal tiefgründiger zu gucken“. Ein:e andere:r Mitarbeiter:in erklärt zudem, die Laustädter:innen hätten angesichts des in der Kohleabbauregion in den nächsten Jahren zu erwartenden Strukturwandels „Angst [...], dass dasselbe wie 1991 passiert“. Denn neben dem Kohleabbau bildete Laustadt bis in die 1990er Jahre auch das Zentrum der Textilindustrie, die nach der Wende ersatzlos zusammengebrochen ist. Wie in vielen anderen ostdeutschen Regionen stieg die Arbeitslosigkeit in Laustadt in den 1990er Jahren stark an. Die Stadt schrumpfte daraufhin durch die Abwanderung insbesondere junger Menschen. Obwohl Laustadts Bevölkerungszahl – auch durch Zuwanderung – heute auf einem konstanten Niveau ist, bildet diese kollektive Abstiegsenerfahrung einen gemeinsamen Bezugspunkt. Während der Oberbürgermeister dies explizit von einem im hegemonialen Diskurs häufig angeschuldigten „Ossi-Jammern“ abgrenzt (Rede des Oberbürgermeisters, 25.9.2019; Goel 2010, o. S.), führt auch er aus:

„Die Menschen in unserer Stadt und in der Region haben einen solchen Strukturbruch also schon einmal durch. Möge sich niemand wundern über Ängste und Befürchtungen, dass es noch einmal so kommen könnte. Möge sich niemand die Augen reiben über Wahlergebnisse und über das darin zum Ausdruck kommende Misstrauen.“ (ebd.)

Jene Laustädter:innen erscheinen meinen Forschungspartner:innen aufgrund einer ökonomisch und sozial ungewiss wirkenden Zukunft als besorgt, misstrauisch und ängstlich. Gerade vor dem Hintergrund des von der Bundespolitik aufgedrückten Strukturwandels, der traumatische Wende- und Nachwendeerfahrungen zu reaktivieren droht, scheinen sie kaum eine andere Wahl zu haben, als sich in ihrem Protest der AfD und Landliebe zuzuwenden.

Dieses Argumentationsmuster ähnelt jenen sozialwissenschaftlichen Theorien, die den Zuwachs rechter Formationen in Europa als Abwehr gegen einen zunehmend kosmopolitischen Mainstream erklären. So beschreibt auch der Sozialanthropologe Don Kalb die Zunahme von rassistischen und nationalistischen Einstellungen in der europäischen Politik als „symptom that expresses the ‚return of the repressed‘“ (Kalb 2011, 14). Diese Einstellungen seien Ausdruck materieller und kultureller Erfahrungen der Entfremdung und Entrechtung, die gegenwärtig nicht anders artikuliert werden könnten, „weil [...] die politischen, beruflichen und unternehmerischen Eliten ‚kosmopolitisch‘ geworden sind und ihr Interesse an der Zusage national garantierter sozialer Rechte verloren haben“ (ebd., 1; eigene Übersetzung). Mit Abstiegsängsten verwobene Klassenerfahrungen würden schließlich abseits des Rechtspopulistischen, im hegemonialen Diskurs „durch Diskurse

über Ethnizität, Einwanderung und Integration zum Schweigen gebracht und unterdrückt werden“ (ebd.; eigene Übersetzung).

Dazu ist anzumerken, dass die klassistische Homogenisierung einer grundsätzlich rechten ‚working class‘ die Lebensrealitäten großer Teile dieser heutigen Arbeiter:innenklasse ignoriert, welche von rechtspopulistischer Rhetorik selbst betroffen sind. Stattdessen wird diese Arbeiter:innenklasse mit der Working-class-populism-These als *weiß* und männlich imaginiert – und damit als vom Aufstieg bisher marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen in ihren Privilegien bedroht. Die Prekarisierung des Subjekts „*weißer*, arbeitender Mann“ wird in dieser Argumentationslogik also weiterhin prioritär behandelt (van Dyk/Schütz 2021, 144f.). Diese Erklärung wiederholt sich in den Erzählungen einiger meiner Interviewpartner:innen aus der Stadtverwaltung: Sie sehen den mit rechten Akteur:innen sympathisierenden Anteil Laustädter Bürger:innen in einer prekären Lage, indem sie durch fehlende staatliche Anerkennung und Unterstützung vom sozialen Abstieg bedroht sind – und das gerade im Unterschied zu Westdeutschland.

„Da ist die Gewissheit [...], mal wieder vergessen, abgehängt, [...] nicht so bedeutsam zu sein. Da ist immer noch der Unterschied zu vielen Regionen in Westdeutschland. [...] In Bund und Land sollte man endlich wieder von den Menschen hier reden, sonst erleben wir hier bald eine politische ‚Dunkelflaute‘.“ (Rede des Oberbürgermeisters, 29.11.2017)

Es zeigt sich, dass Migration und Zuzug nur auf den ersten Blick als problematisches bis bedrohliches Zentrum des Laustädter Aushandlungsprozesses erscheinen. Bei genauerer Betrachtung stellen sich migrationsbezogene Themen als „Metanarrativ“ (Foroutan 2019, 166) dar, das den eigentlichen Inhalt – von der Bundespolitik übergangene Ängste vor dem gesellschaftlichen Wandel, ein Anerkennungsdefizit – verdeckt. Demnach skizzieren die Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung in ihren Ausführungen eine Gruppe von passiven und affektgeleiteten ‚besorgten Bürger:innen‘, deren ablehnende Einstellung gegenüber Geflüchteten in Laustadt lediglich ein Ausdruck ihrer Überforderung und Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Gesamtsituation zu sein scheint. Analog dazu tauchen in den Beschreibungen der Mitarbeiter:innen nach Laustadt geflüchtete Menschen einzig in ihrer Rolle als nicht-zugehörige Affektauslöser:innen auf. So erklärt auch der Oberbürgermeister zu den wachsenden Demonstrationen im Frühjahr 2018, einige Bürger:innen sähen sich „in täglicher Konfrontation mit dem Fremden, dem Ungewohnten, [...] dem nicht Gewollten. Diese Haltung, egal woraus sie sich speist, darf man niemandem absprechen“ (Rede des Oberbürgermeisters, 21.4.2018). Wieso aber wird hier die Gleichsetzung des „Fremden“ mit dem „nicht Gewollten“ beständig vorausgesetzt, und weshalb darf man diese Gefühle laut dem Oberbürgermeister niemandem absprechen, wenn sie im Kern doch rassistisch sind?

Auch die Anthropologin Sara Ahmed beschäftigen Fragen zum Zusammenhang von Affekten und Gruppenkonstruktionen. Ahmed zufolge spielen Gefühle eine entscheidende Rolle in Othering-Prozessen, in der Bildung von Kollektiven und deren Grenzen zum Außen: Kollektivität und Zugehörigkeit werden demnach über die Affekte geformt, die ‚Andere‘ auszulösen scheinen, sie ordnen die Empfindenden einem Kollektiv zu (Ahmed 2004, 26). Zugleich spielt dabei die homogenisierende Attribution von Affekten eine Rolle: „Emotions become attributes of collectives, which get constructed as ‚being‘ through ‚feeling‘“ (Ahmed 2014, 2). Gruppen wie jene ‚besorgten Bürger:innen‘ werden also nicht nur über tatsächlich gemeinsame Gefühle, sondern auch über die Zuschreibung dieser Gemeinsamkeit gebildet. Die kollektivierende Zuschreibung von Emotionalität erfolgt, so Ahmed, stets

aus einer Machtposition heraus, da diese die Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt der Gefühle beinhaltet (ebd., 32). Affekte konstruieren nach Ahmed in ihrer zuordnenden Kategorisierung sowohl das ‚Selbst‘ und das ‚Andere‘ als auch die dazwischenliegende Grenzziehung (ebd., 10).

So sind etwa Gefühle wie Liebe zum ‚eigenen Land‘ oder Angst gegenüber dem ‚Fremden‘ zentral für die Konstitution und Festigung jenes nationalen Wir, das die Unterscheidung zwischen ‚eigen‘ und ‚fremd‘ auszumachen scheint. Dabei wird das ‚Fremde‘ im gesteigerten nationalistischen Narrativ als Grund und Ursprung negativer Gefühle wie Angst und Überforderung konstruiert und reproduziert (ebd., 44). Somit sind die ‚Anderen‘ Ursache des eigenen Hasses, der eine legitime Verteidigung darstellt: ein defensiver ‚Hass aus Liebe‘, welcher die ‚Anderen‘ als Bedrohung beschreibt. Die beständige Wiederholung und Legitimierung dieses Narrativs im öffentlichen Diskurs sorgt laut Ahmed dafür, dass es sich zu „sticky words“ (ebd., 46) entwickelt und sich die Vorstellung von migrantisierten ‚Anderen‘ als Ausgangspunkt dieser Affekte in weiten Teilen der Bevölkerung normalisiert, „produced as an effect of its circulation“ (ebd., 45). Die Wahrnehmung der ‚Anderen‘ als Auslöser:innen negativer Gefühle ist dabei keineswegs als individuell-situativ zu betrachten, sondern als historisch und gesellschaftlich geprägt – es sind „histories that stick“ (Ahmed 2004, 39). Die Angst liegt demnach nicht im Objekt der Angst selbst begründet; stattdessen ist diese Verknüpfung Teil sozialer Imaginationen: „The fear opens up past histories of association [...], which allows the white body to be constructed as apart from the black body in the present“ (Ahmed 2014, 63). Ahmed sieht somit beschriebene Ängste vor den vermeintlich ‚Anderen‘ als begründet etwa in der Geschichte des Kolonialismus, und dennoch verknüpft mit der funktionalen Absicherung gegenwärtiger gesellschaftlicher Strukturen. Grundlage dieser von ihr als ‚Politics of Fear‘ beschriebenen Dynamik ist die Konstruktion einer existenziellen Bedrohung durch das objektivierte ‚Andere‘ zur Legitimation der eigenen privilegierten Machtposition (ebd., 67).

Ahmed führt darüber hinaus aus, dass in einer solchen Krisenerzählung die Produktion des Normalen selbst erfolgt – zur Normalität wird das stilisiert, was nun bereits durch das ‚Andere‘ bedroht zu sein scheint (Ahmed 2004, 26). Mithilfe von Sara Ahmeds Überlegungen wird klar: Dass die Ankunft von geflüchteten Menschen in Laustadt stellenweise unwidersprochen als Bedrohungsszenario erzählt werden kann, normalisiert die öffentliche Abwertung migrantisierter ‚Anderer‘ in der Stadtgesellschaft und verweist auf eine grundsätzlich rassistische Gesellschaftsordnung. Die Angst vor konkreter Kriminalität und Gewalt in Laustadt, aber auch vor einer generellen gesellschaftlichen Pluralisierung, sichtbar an Migration und Zuzug, heißt nicht, dass von Angst betroffene Subjekte tatsächlich gefährdet sind, oder dass alle Subjekte die gleiche Angst empfinden müssten. Die Angst ist „an effect of this process, rather than its origin“ (Ahmed 2014, 72).

Die gesellschaftliche Wahrnehmung, wer Angst auslösen und wer Angst haben sollte, hat trotzdem häufig konkrete Auswirkungen in Form von räumlichen und sozialen Einschränkungen. Aus der wahrgenommenen gesellschaftlichen Angst vor den ‚Anderen‘ gehen, so Ahmeds Beobachtung, Mobilitäts- und Migrationspolitiken hervor, die soziale Räume den asymmetrischen gesellschaftlichen Machtbeziehungen angleichen (ebd., 70). Nachvollziehbar wird diese Beobachtung an den sicherheitspolitischen Maßnahmen, die die Laustädter Stadtverwaltung zwischen 2017 und 2018 durchsetzt. Als Ausgangspunkt dieser Maßnahmen beschreibt mir ein:e Mitarbeiter:in der Stadtverwaltung, dass sich das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen aufgrund der medialen Debatte über Gewalt in Laustadt stark verschlechtert habe. In der Folge wird die Videoüberwachung öffentlicher Plätze erhöht, ein Alkoholverbot verhängt sowie Polizei und Migrationssozialarbeit personell aufgestockt (Fröschner/

Warnecke 2019, 38). Hinzu kommt, dass der Innenminister des Bundeslands auf wiederholten Antrag des Laustädter Oberbürgermeisters im Januar 2018 verfügt, dass aufgrund der gewalttätigen Vorfälle vorerst keine weiteren Geflüchteten aus Erstaufnahmeeinrichtungen in Laustadt untergebracht werden sollen (ebd., 59). Dazu erklärt der Oberbürgermeister vor der Stadtverordnetenversammlung, der Zuzug von Geflüchteten sei „den Bürgerinnen und Bürgern von Laustadt derzeit nicht zuzumuten“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018).

„Einfach nur zuhören und sich Gehör verschaffen“

Aus der Konstruktion dieser ‚besorgten Bürger:innenschaft‘ folgt eine für meine Forschungspartner:innen in der Stadtverwaltung wichtige Schlussfolgerung: Grundlegend für ihre Reaktionen ist die Annahme, dass die Laustädter Bürger:innen, die die Demonstrationen von Landliebe besuchen, trotzdem klar vom rechten politischen Spektrum abgegrenzt werden können. Besonders deutlich macht das der Oberbürgermeister in einer seiner Reden vor der Stadtverordnetenversammlung, in der er auf den steigenden Zulauf bei den Demonstrationen von Landliebe zu Beginn des Jahres 2018 eingeht:

„Natürlich weiß jede und jeder, der zu Kundgebungen wie beispielsweise von Landliebe geht, mit wem er da oft Schulter an Schulter steht. Wir sollten aus diesem Umstand heraus aber nicht alle Teilnehmer zu Rechtsextremen und auch nicht alle zu Rechtspopulisten erklären. Manche Teilnehmer wollen dort einfach nur zuhören und sich Gehör verschaffen.“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018)

Die diffizile Grenzziehung, die hier aufgemacht wird, verläuft zwischen normal und extrem, zwischen Mitte und Rand. Wie die meisten meiner Forschungspartner:innen steckt der Oberbürgermeister das Feld politischer Spektren über das Extremismuskonzept ab und ordnet die Teilnehmer:innen in Abgrenzung von „Rechtsextremen und [...] Rechtspopulisten“ der gesellschaftlichen Mitte zu. Er verdeutlicht damit ein grundlegendes Prinzip des bundesdeutschen politischen Diskurses: Die vermeintliche Normalität seiner Mitte wird über Abweichung seiner Ränder erklärt (Eitel 2019, 142). Der in die Gesellschaftsstruktur eingeschriebene Rassismus „im Innenraum der politischen Normalität“ kann somit in das „bedrohliche Außen des Extremismus“ (ebd., 149) verdrängt werden. Das Bild eines klar abgrenzbaren Rechtsextremismus erzeugt ein feindliches Äußeres legitimer demokratischer Diskurse und Praktiken.

Die diesem ausklammernden Prinzip zugrundeliegende Strategie affektiver Governance untersucht der Anthropologe Nitzan Shoshan als ‚Management of Hate‘ (Shoshan 2016 sowie Boßmeyer in diesem Band). Michel Foucaults Konzept der Gouvernamentalität (u. a. Foucault 2006) bildet dabei seinen theoretischen Ausgangspunkt. Shoshan überträgt es auf Affekte: Mit dem Management of Hate untersucht er ein „regime of neoliberal governance that clusters distinct discourses and practices and that seeks to orchestrate public affects“ (Shoshan 2016, 19). Die Absicht dieser Regierungspraktiken ist die versuchte, aber zum Scheitern verurteilte Lokalisierung und Externalisierung des phantomhaften „right-wing extremist thing“ (ebd., 169). Denn mit der von Shoshan als beinahe zwanghaft beschriebenen, ständigen Externalisierung des Illegitimen im politischen Raum geht einher, dass ebendieses tabuisierte Andere spiegelbildlich in politische Diskurse eingeschrieben wird, „traversed by [...] a voyeuristic desire to see precisely that which is so strongly tabooed“ (ebd., 20).

Losgelöst von Personen und Gruppierungen bildet das Rechtsextreme die Repräsentation einer diffusen Bedrohung der demokratischen Ordnung, und ist daher Objekt des Managements. Die personalisierte Imagination dieser Bedrohung sieht Shoshan hingegen in der gesellschaftlichen Angst vor unkontrollierbaren, aufbegehrenden Unterschichten (ebd., 15). Dort, wo „old ghosts“ und „new poor“ zusammenkommen, scheint in dieser Imagination die Keimstätte des politisch Illegitimen zu liegen – eine Vorstellung, die mich an den von Kalb befürchteten „return of the repressed“ (Kalb 2011, 14) denken lässt. Shoshan beobachtet das Management of Hate in einem breiten Feld unterschiedlicher Diskurse und Praktiken und in der Mobilisierung verschiedenster gesellschaftlicher Akteur:innen der Demokratieförderung. Sie alle stecken explizit und implizit die Ränder der anerkannten politischen Gemeinschaft ab und reproduzieren dabei die Vorstellung eines bestimmten politisch Illegitimen. Die Logik dieses Management of Hate zielt damit nicht ausschließlich auf rechtsradikale Personen, Gruppen und Spektren selbst, sondern vielmehr auf die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Ziel ist die Herausbildung eines darüber legitimierten nationalen Projekts, eines gezügelten und kontrollierbaren – sowohl vom historischen Nationalsozialismus als auch vom heutigen Rechtsextremen als konstitutives Äußeres abgrenzbaren – Nationalismus (Shoshan 2016, 13). Durch das Management of Hate entsteht ein „otherwhere [that] indicates what one is not“ (ebd., 9). So ist es auch meinen Forschungspartner:innen in Laustadt gemeinsam, dass die Abgrenzung vom Rechtsextremismus für sie selbstverständlich ist. Auch wenn sich stark unterscheidet, was sie unter diesem Rechtsextremen verstehen und wo sie es verorten, bildet das Rechtsextreme für alle die jeweils am weitesten entfernte und fraglos illegitimste politische Einstellung.

Doch durch populistische Mobilisierungspraktiken ist gerade diese Grenzziehung zwischen Mitte und Rand herausgefordert: Das Management of Hate, das auf einem klar definierbaren Bild des Rechtsextremen beruht, scheitert an der rechtspopulistischen Inszenierung beispielsweise von Landliebe, weil die vorausgesetzte Unterscheidung zwischen Bürger:innen und Rechtsextremist:innen hier unklar wird. Statt des Klischeebilds jugendlicher Springerstiefelträger sehen die Teilnehmer:innen der Demonstrationen zu einem großen Teil ganz ‚normal‘ aus. Die eindeutige Einordnung und Abgrenzung des ‚zu Rechten‘ scheint auch angesichts des Auftretens und der Größe des Protests in Laustadt instabil und problematisch geworden zu sein. Dem entspricht, dass es großen Teilen des rechtsradikalen Spektrums gegenwärtig nicht darum geht, durch Andersheit aufzufallen, Angst zu verbreiten oder sich Respekt zu verschaffen. Das Ziel ist vielmehr, rechte Inhalte in der Mitte des politischen Diskurses zu verankern. Selbsternannte Vordenker:innen dieser Bewegung, wie Götz Kubitschek und Martin Sellner, bezeichnen das als „Metapolitik“ (Sellner 2017, 57) im „vorpolitischen Raum“ (Kubitschek 2017, 43), die radikale Inhalte massentauglich verpackt. Mit dieser „Selbstverharmlosung“ (ebd.) sollen nationalistische, antidemokratische und rassistische Vorstellungen im öffentlichen Diskurs etabliert werden, um schließlich auch die parlamentarische Politik zu beeinflussen. Auch mit Gruppen wie Landliebe werden bisherige Trennlinien so bewusst überschritten.

Das ‚Management of Fear‘

Nitzan Shoshan hat seine empirische Forschung zum Management of Hate Mitte der 2000er Jahre in Berlin durchgeführt. Im 2016 hinzugefügten Nachwort zur Studie merkt er an, dass sich unter anderem mit der europäischen Finanz- und Schuldenkrise und dem ‚Sommer der Migration‘ 2015 inzwischen neue Herausforderungen für das von ihm beschriebene

„national project“, einen legitimen und gezügelten Nationalismus, stellen (Shoshan 2016, 262). Shoshan beobachtet neben dem Aufstieg der AfD in Deutschland eine zunehmende Sag- und Sichtbarkeit von nationalistischen und rassistischen Positionen im öffentlichen Diskurs.

Diese weit verbreiteten und sich verändernden Nationalismen stellen die Logik des Management of Hate in Frage. Denn sowohl Shoshans Untersuchung als auch die von ihm beschriebenen affektiven Regierungspraktiken gehen von einer klaren Grenze zwischen gesellschaftlicher Mitte und unmissverständlich erkennbarem Rechtsextremismus aus – etwas, das in dieser Deutlichkeit heute also weder spektrenübergreifend auf die rechtsradikale Szene, noch auf den in dieser Logik als Mitte bezeichneten Teil der Gesellschaft zutrifft. Shoshan beobachtet daher einen neuen „response mechanism [...] to contain them, to govern their hate“ (ebd., 264). Zur Darstellung kommentiert Shoshan in seinem Nachwort ein Zitat der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, in dem sie Verständnis für die Teilnehmer:innen der zu dieser Zeit aufkommenden Pegida-Demonstrationen in Dresden äußert. Diese scheinen für sie zwar fehlgeleitet, aber aus nachvollziehbaren Gründen besorgt zu sein, sie erscheinen unschuldig und verletztlich. Das gleiche Verständnis bringt sie jedoch nicht für die Organisator:innen dieser Demonstrationen auf, die im Gegensatz dazu in ihrem Handeln nicht durch Ängste, sondern durch Hass motiviert zu sein scheinen:

„To be sure, in exculpating and humanizing the marching masses while singling out the culprits, Merkel's words struggle to isolate and control the menace of bad nationalism. [...] Merkel's distribution of sympathy and censure between naive followers and manipulative leaders at the same time acknowledges and embraces the formers' (Islamophobic) feelings, concerns, and demands.“ (ebd., 261)

Merkel versucht also, ebenso wie meine Forschungspartner:innen in der Laustädter Stadtverwaltung, deutlich zwischen der legitimen Angst der Vielen und dem illegitimen Hass Einzelner zu unterscheiden. Dieser Versuch muss jedoch, wie dargestellt, erfolglos bleiben, denn mit ihm geht die entpolitisierte Anerkennung rassistischer Einstellungen einher: Solange ein gewisses Maß eingehalten wird, solange eine bestimmte Grenze nicht überschritten wird, werden auch diese ‚Sorgen und Ängste‘ in ihrer Legitimität nicht in Frage gestellt.

Den Prozess der Neuaushandlung dieser Grenzziehung möchte ich im Anschluss an Nitzan Shoshans Überlegungen zum Management of Hate sowie in Anlehnung an das Konzept der Politics of Fear von Sara Ahmed als ‚Management of Fear‘ greifbar machen. Das Management of Fear beruht auf der Legitimation und Normalisierung der Vorstellung, die ‚Anderen‘, etwa die Geflüchteten, könnten Auslöser:innen gesellschaftlicher Ängste sein. Es wurzelt in der Ein- und Abgrenzung dieser beobachteten Ängste von jenem Illegitimen, das das Management of Hate definiert. Mit den rechtsradikalen Strukturen in der Stadt sind die ‚Sorgen und Ängste‘ in dieser Logik also nicht gleichzusetzen. Damit geht auch die vorangegangene beschriebene Viktimisierung jener Bürger:innen einher, die die Demonstrationen von Landliebe besuchen: Sie erscheinen nicht nur als Opfer ihrer Ängste, die scheinbar durch die ‚Anderen‘ verursacht werden, sondern auch als Opfer der Verführungskunst von Extremist:innen. Der in diesem Verständnis unberechtigten, medialen Kritik an den Zuständen in Laustadt scheinen sie ebenso ausgeliefert zu sein.

Das Ziel des Management of Fear ist die Regulierung und Kontrolle dieser vermeintlichen Ängste – „to orchestrate their political expression, to regulate their public performance, to manage them“ (Shoshan 2016, 261). Damit bezweckt das Management of Fear, ‚besorgte

Bürger:innen' in der demokratischen Gemeinschaft ‚behalten‘ zu können – ein Narrativ, das mir in Laustadt immer wieder begegnet. So erklärt der Laustädter Oberbürgermeister zum Umgang mit den Demonstrationen von Landliebe: „Wir müssen höllisch aufpassen, dass die Mitte der Gesellschaft nicht zerbröseln, sich noch mehr Menschen abwenden oder gar an die extremen Ränder verloren gehen“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018). Noch deutlicher macht mir eine:r der Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung das Motiv des ‚Verlorengehens‘, ‚Zurückholens‘ und ‚Behaltens‘ der ‚besorgten Bürger:innen‘:

„Also ich sehe das so, dass man den Menschen nur so erreicht und auch sozusagen behalten kann, indem man miteinander spricht. [...] Wenn man jetzt zum Beispiel ein Kind hat, was auf eine Bahn geraten ist [...]. Ich verliere es ja dann, wenn ich sage, ich rede nicht mehr mit dir oder du hast eine andere Weltanschauung und die akzeptiere ich nicht.“

Ausgehend von dieser Infantilisierung einer als passiv imaginierten ‚besorgten Bürger:innen-schaft‘ wird deutlich, dass Affekte einerseits Gegenstand von Regierungspraktiken sein können, letztere andererseits aber ebenso affektiv aufgeladen sind: Jene:r Mitarbeiter:in der Stadtverwaltung sorgt sich um Bürger:innen ähnlich wie um Kinder, die auf die schiefe Bahn zu geraten drohen. Shoshan beschreibt Praktiken einer solchen „affective governance“ als „societal and political projects of regulating, generating, and neutralizing affective publics“ (Shoshan 2016, 17), welche kollektive und individuelle Zukunftsvorstellungen, die Affinität gegenüber der Staatlichkeit, Imaginationen des Nationalen sowie das Verhältnis zum ‚Anderen‘ beeinflussen könnten (ebd.).

Als beispielhaft für ein solches Projekt sehe ich die Laustädter Bürgerdialoge, die ab 2018 monatlich von der Stadtverwaltung veranstaltet wurden. So ist es, wie es der Oberbürgermeister beschreibt, Ziel dieser Dialogveranstaltungen „miteinander im Gespräch zu bleiben [...] und den einen oder anderen wieder aus den Blasen herauszuholen“ (Rede des Oberbürgermeisters, 25.9.2019). Die Bürgerdialoge werden von einem Pfarrer moderiert, während Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsitzender gemeinsam mit wechselnden Podiumsgästen Publikumsfragen beantworten. Zentraler konzeptioneller Grundstein ist meinen Interviewpartner:innen zufolge, dass die Vertreter:innen der Stadtverwaltung den Meinungen der Bürger:innen zuhören, ihren Empfindungen begegnen und auf ihre Rückmeldungen unmittelbar reagieren können. Gemäß ihrer Erklärung für das Erstarken der rechten Bewegung in Laustadt und der Wahrnehmung einer abgewandten Staatlichkeit, verbindet etwa ein:e Mitarbeiter:in mit den persönlichen Gesprächen eine „besondere Wertschätzung“, die den Bürger:innen hier zuteilwürde. Die Verwaltungsspitze wolle in den Veranstaltungen „nicht als Oberlehrer [...] vors Volk treten und denen erklären, was wir hier machen“ – die Trennung zwischen „die da“ und ‚wir hier‘“ (Rede des Oberbürgermeisters, 21.4.2018) solle aufgehoben werden. Denn meine Forschungspartner:innen in der Stadtverwaltung sehen genau hier das stadtgesellschaftliche Grundproblem: Sie gehen von einer gestörten Kommunikation zwischen Landes- wie Bundespolitik und Demonstrierenden aus. Mit mehr Anerkennung und Fürsorge für die Bürger:innen und ihre Anliegen, zumindest von der Laustädter Stadtverwaltung, so die Vermutung, verkleinerten sich auch die Demonstrationen von Landliebe. Das gemeinsame Selbst, das Laustädter ‚Wir‘, wird in den Dialogveranstaltungen damit (re-)konstituiert (Raab/Radvan 2020, 24). Als Management of Fear richten sich die Bürgerdialoge der Stadtverwaltung also ebenso wenig an geflüchtete Bewohner:innen der Stadt, wie sie sich mit dem beschriebenen Illegitimen, den Rechtsextremen auseinandersetzen. Im Zentrum stehen vielmehr weiterhin die von diesen beiden

monolithisch erscheinenden Gruppen abgegrenzten ‚besorgten Bürger:innen‘, welchen in den Bürgerdialogen wertschätzend begegnet wird.

Doch auch, wenn sich in Konzeption und Inhalt der Veranstaltungen deutlich deren angenommene Bedürfnisse widerspiegeln, wird dieser Fokus auf die ‚besorgten Bürger:innen‘ von meinen Interviewpartner:innen in der Stadtverwaltung nicht reflektiert. Ein:e Mitarbeiter:in beschreibt mir die Laustädter Bürgerdialoge als wertfreie Plattform für die stadtpolitische Diskussion, zu der grundsätzlich „jeder hinkommen“ kann, auch wenn hauptsächlich „die Laustädterinnen und Laustädter miteinander [...] und nicht Auswärtige über Laustadt reden“ sollen. Die Stadtverwaltung verbleibe durch die Zurücknahme in einer neutralen Position. Ziel sei es, dass der Aushandlungsprozess offen und damit vermeintlich demokratisch abläuft:

„Das ist der Anspruch, aber [...] ans Publikum. [...] Wenn eben drei Rechte reden und kein Linker meldet sich, das ist dann Dialog. Da wollen wir dann in gewisser Weise [...] neutral bleiben. Und wir wollen auch keinen überzeugen, [...] jeder soll seine Meinung haben, und wir, oder andere aus dem Publikum, sagen unsere Meinung oder ihre Meinung, und dann geht jeder nach Hause.“

Zweck der Bürgerdialoge ist es dabei im Sinn des Management of Fear, die affektiv aufgeladene, stadtpolitische Diskussion zu versachlichen. Die gleiche Person erklärt mir, dass die Bürgerdialoge auch dazu dienen würden, dass die ‚besorgte Bürger:innenschaft‘ ihre Gefühle überdenken könne, „dass man da seine Gefühle vielleicht auch versucht ein bisschen einzuordnen“. Aus der Angst und dem Misstrauen unter den Bürger:innen und gegenüber der Stadtverwaltung könne sich im Austausch von Meinungen und Informationen ein akzeptierender Umgang entwickeln.

„Wir hören uns zu“ (Rede des Oberbürgermeisters, 28.5.2018), „Zuhören ist die Devise“ (Rede des Oberbürgermeisters, 26.9.2018) und „das ist vielleicht auch einer der großen Ansätze: Zuhören“ – immer wieder begegnet mir dieser Grundsatz in der Laustädter Stadtverwaltung. Gemäß der Imagination einer ‚besorgten Bürger:innenschaft‘, deren klare Abgrenzbarkeit vom tatsächlich Rechtsextremen hier weiterhin vorausgesetzt wird, soll diese laut einem der Organisator:innen bei den Bürgerdialogen also „Raum bekommen, ihre Ängste und Sorgen zu äußern“. Dieser vertrauensvolle Umgang zwischen Bürger:innen und Stadtverwaltung stellt – zumindest in der Zielstellung meiner Forschungspartner:innen – die verloren gegangene Nähe und Anerkennung wieder her.

Wie genau diese Emotionen in den Bürgerdialogen geäußert werden, und damit auch, ob dieser Raum schließlich zur rechtspopulistischen Inszenierung genutzt wird, tritt deshalb zunächst in den Hintergrund. Weil das Ziel ein „offener Dialog“ sei, wird nur in Einzelfällen in Wortmeldungen eingegriffen: „Für uns ist die Grenze da, wo es strafrechtlich relevante Geschichten gibt, [...] wenn da einer anfängt, den Holocaust zu leugnen oder sowas, dann wird eingegriffen. Aber ansonsten, [...] wir wollen tolerant miteinander umgehen, und Toleranz heißt erdulden“. Indem in die Diskussionen der Bürgerdialoge kaum eingeschritten wird, begegnet die Stadtverwaltung auch dem geläufigen rechten Vorwurf eines ‚Redeverbots‘ im öffentlichen Diskurs. In der juristischen Definition von Hassrede, auf die sich mein:e Interviewpartner:in hier bezieht, liegt jedoch ein um den historischen Nationalsozialismus zentriertes Verständnis von Rassismus vor, wie es auch das Management of Hate beschreibt: Diese Definition geht also von der Annahme aus, dass allein rassistische Äußerungen, die inhaltlich oder affirmativ im Zusammenhang zum Nationalsozialismus stehen, die Würde anderer Menschen angreifen könnten (Cremer 2017, 143). Gerade deshalb können die Dialogveranstaltungen von rechten Akteur:innen als willkommene Bühne

genutzt werden für ihre Inszenierung als oppositionelle Vertretung der Laustädter:innen gegenüber einer inaktiven Verwaltung. Die Dethematisierung der rechten Mobilisierung als Ausgangspunkt der Dialogveranstaltungen und die dadurch fehlende Problembestimmung der Veranstaltenden eröffnen einen Diskursraum, in dem rechte Akteur:innen ihre eigene Problemdeutung darstellen können (Raab/Radvan 2020, 14). Aus den meist polemischen Wortmeldungen der Teilnehmenden von AfD und Landliebe ergibt sich während der Bürgerdialoge eine selbstbestätigende Dynamik, durch die die Diskussionen immer wieder auf Fragen rund um Migration und Zuzug zurückgeführt werden. Im Verlauf der Veranstaltungen ist eine rechte Themensetzung zu beobachten: Migration erscheint in Wortmeldungen unwidersprochen als „großes, womöglich katastrophentartiges Problem“ (ebd.), vom Publikum thematisierte soziale Probleme in Laustadt werden zusätzlich migrantisiert. Es zeigt sich, dass das Konzept der Bürgerdialoge, das auf die direkte Kommunikation mit der ‚Bürger:innenschaft‘ abzielt, gerade deshalb für die populistische Selbstdarstellung rechter Akteur:innen besonders anfällig ist.

Die Laustädter Stadtverwaltung verbleibt in dieser Gemengelage in einer reagierenden Position, aus deren Sicht äußere Umstände dafür sorgen, dass lediglich ‚besorgte Bürger:innen‘ in ihrem Protest ‚zu rechte‘ Einstellungen vertreten (Boßmeyer 2019, 38). So bleibt hier unausgesprochen, dass rassistische Einstellungen eben kein Merkmal des extremen Rands, sondern in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft fest verankert sind. Diese Einstellungswerte, von denen die alltäglichen Rassismuserfahrungen Betroffener erzählen, können seit Jahrzehnten auch in quantitativen Umfragen belegt werden (Quent 2021, 240). Die von der Laustädter ‚besorgten Bürger:innenschaft‘ verkörperte Popularisierung rechter Inhalte macht die Bereitschaft, diese Werte auch auf die Straße zu tragen, lediglich sichtbar.

Meine Forschungspartner:innen in der Stadtverwaltung stellen hingegen ein anderes Motiv für das hohe Mobilisierungspotenzial der Laustädter Bürger:innen voran. Sie sehen die Distanz zwischen Bundespolitik und ostdeutschen Bürger:innen, die fehlende Anerkennung ostdeutscher Belange, als Hauptursache für deren Zustimmung zur rassistischen Protestbewegung. Zwar kann mit dieser Argumentation die im ‚Braunen Osten‘ verortete Abweichung von der Norm einer offenen Gesellschaft plausibilisiert werden. Auch das Selbstbild einer grundsätzlich toleranten und dieser Norm entsprechenden Stadtgesellschaft kann beibehalten werden, obwohl die teilweise Ablehnung derselben deutlich sichtbar ist. Die ungleichen Machtbeziehungen zwischen Ost und West und damit verbundene Abwertungserfahrungen werden in dieser Argumentationslogik aber allein auf *weiße* Ostdeutsche bezogen: Sie werden als zugehörige Bürger:innenschaft konstruiert, deren Privilegien gegenüber Neuhinzukommenden gesichert werden. Auch daran zeigt sich, dass einige meiner Forschungspartner:innen rassistische Grundmuster wie das Aberkennen der gesellschaftlichen Zugehörigkeit von nicht-*weißen* Menschen nicht als solche wahrnehmen. Im Fokus ihres Handelns stehen folglich weiterhin die Laustädter:innen, die nicht von Rassismus betroffen sind.

Rassismus hier zu benennen, heißt keineswegs, andere Unterdrückungsformen außen vor zu lassen. Die Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen, die mir in Laustadt begegneten, sind schließlich ein Argument für den Wert eines mehrdimensionalen Blicks auf parallel bestehende gesellschaftliche Machthierarchien, die hier aufeinandertreffen. Der Laustädter Aushandlungsprozess ist geprägt von der intersektionalen Verschränkung *weißer* Privilegierung einerseits, und der Entwertung ostdeutscher Positionen im hegemonialen Diskurs andererseits. Diese Gleichzeitigkeit ist kein abstrakter Faktor, sondern schlägt sich in einzelnen Subjektpositionen nieder (Arndt 2021, 154) und prägt auch die Argumentation meiner Laustädter Forschungspartner:innen. Gerade in der Untersuchung nicht-dominanter

gesellschaftlicher Gruppen wird so deutlich, dass „die innerhalb der dominanten Gesellschaft Diskriminierten nicht nur qua falschem Bewusstsein an der Aufrechterhaltung von Rassismus interessiert [sind], sondern eben auch um der Stärkung ihrer eigenen Position und Bewahrung ihrer Privilegien willen“ (Rommelspacher 1998, 53).

Ausblick

Anstatt gesellschaftliche Ungleichheiten offen zu kritisieren und sich solidarisch für soziale Gerechtigkeit starkzumachen, greifen die Lösungsansätze in Laustadt einseitig und reproduzieren damit das Bild einer homogenen Gesellschaft. Entgegen dem selbst gesetzten Ziel können diese Ansätze die gesellschaftliche Anerkennung rechter Bewegungen sogar erhöhen, indem die Ursprünge realer Entwertungserfahrungen der Wende- und Nachwendzeit sowie Statusverlustängste der Gegenwart ignoriert bzw. diese ursächlich ‚Anderen‘ zugeschrieben werden.

In diesem Zusammenhang beobachtet Cash Hauke, dass die spezifisch ostdeutsche Ansprache in rechten Mobilisierungen auf den „fruchtbaren Boden von unaufgearbeitetem Rassismus sowie ungehörten intersektionalen Geschichten politischer Kämpfe“ treffen kann (Hauke 2019, 46). Dem Diskurs um den ‚Braunen Osten‘ kommt dabei laut Hauke eine besondere Rolle zu: Damit wird nicht nur der Blick auf die gesamtdeutschen rassistischen Verhältnisse verstellt, in Konfliktsituationen wie in Laustadt kann auch jegliche Rassismuskritik als westdeutsche Zuschreibung abgewehrt werden (ebd., 47). Wie auch im Laustädter Fall, bleiben in Analysen und Lösungsansätzen die Stimmen derer, die selbst von Rassismus betroffen sind, und damit auch die Pluralität ostdeutscher Erfahrungen, meist ungehört: Obwohl ‚der Osten‘ schon immer vielfältig ist, bleibt die Gruppe der Ostdeutschen in diesem Diskurs in ihrer homogen *weißen* Konstruktion bislang oft unhinterfragt. Gegenwärtigen Diskussionen in und über Ostdeutschland fehlt der Blick auf die Verschiedenheit ostdeutscher Erfahrungen und das Bewusstsein für eine Migrationsgeschichte, die weit über den ‚Sommer der Migration‘ 2015 hinaus reicht. Gerade das Sichtbarmachen dieser ostdeutschen Pluralität könnte aber die Basis für neue Bündnisse und gemeinsame Kämpfe bilden.

Obwohl es als mutig hervorzuheben ist, dass bei den Laustädter Bürgerdialogen ein zumindest dialogisch konzipierter Prozess gewählt wurde, wird hier eine solche selbstreflexive und verbindende Auseinandersetzung mit den städtischen Verhältnissen verpasst. Ihr Verlauf macht stattdessen den Nachholbedarf an rassismuskritischer Bildung in der postmigrantischen Gesellschaft deutlich. Dialogveranstaltungen wie die Laustädter Bürgerdialoge könnten grundsätzlich einen Anlass und Ansatzpunkt dazu bieten, wenn ihre Konzeption maßgeblich umgestaltet werden würde – etwa den Handlungsempfehlungen von Raab und Radvan (2020, 35f.) folgend, die neben vielen anderen Punkten als Basis der Veränderung einen grundlegenden Diskriminierungsschutz bei solchen Veranstaltungen fordern. Dazu wäre es jedoch nötig anzuerkennen, dass es sich bei einer rassistisch strukturierten Gesellschaft um ein „gemeinsames Problem handelt, das allerdings sehr unterschiedlich erlebt werden kann – je nachdem, welche Machtposition ich einnehme und welche Privilegien ich genieße“ (Messerschmidt 2009, 20).

Mit diesem rassismuskritischen Verständnis könnten gängige Zuhörpolitiken radikal auf den Kopf gestellt werden: Sie könnten dann nicht mehr unhinterfragt allein als Plattform der als ‚eigen‘ konstruierten Bürger:innenschaft dienen. Würde hier ein Setting geschaffen, in dem Erfahrungen in ihrer Verschiedenheit zur Sprache kommen und gehört werden, dann könnten städtische Dialogveranstaltungen auch Austauschforen für multiple Perspektiven

auf die ostdeutsche Gegenwart und Vergangenheit sein. Mit einer diskriminierungssensiblen und wertschätzenden Basis wären solche Dialoge sogar als Reflexionsort für gemeinsame Erfahrungen der Abwertung, Stereotypisierung und fehlenden Repräsentation denkbar: Gerade hier könnten hegemoniale Deutungsmuster und Rollenzuschreibungen wie die des ‚Braunen Ostens‘ gemeinsam hinterfragt und die zugewiesene Konkurrenz zwischen homogenen Gruppenkonstruktionen wie die ‚der Ostdeutschen‘ und ‚der Migrant:innen‘ aufgebrochen werden. Dialogveranstaltungen, die die gleichwertige Teilhabe wirklich aller Stadtbewohner:innen ermöglichen, könnten Orte der Gegenerzählung sein, die eigenständige, plurale Stimmen hörbar und ein Bewusstsein für gemeinsame Erfahrungen von Ungleichheit und Diskriminierung möglich machen.

LUISE BÖHM hat Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Empirische Kulturwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen studiert. Derzeit arbeitet sie in der Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im partizipativen Projekt „Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen“ an der Technischen Universität Dresden. Sie arbeitet unter anderem zu den Themen Rassismus, Migration und Erinnerungskultur mit einem Schwerpunkt in Ostdeutschland.

Endnoten

- 1 Bei dem in diesem Beitrag verwendeten Vereinsnamen handelt es sich um ein Pseudonym.
- 2 Dieser Beitrag beruht auf ethnografischem Material, das ich 2019 im Zuge meiner Masterarbeit sammeln konnte. Den Schwerpunkt meiner Analyse bilden qualitative Interviews mit Mitarbeiter:innen der Laustädter Stadtverwaltung auf verschiedenen Arbeitsebenen. Zudem stütze ich mich auf teilnehmende Beobachtungen der städtischen Bürgerdialoge, welche die Stadtverwaltung seit 2018 als öffentliche Veranstaltungen durchführte. Ich habe darüber hinaus Reden des Oberbürgermeisters von Laustadt analysiert, die dieser monatlich vor der Stadtverordnetenversammlung gehalten hat. Ergänzt wird das Material durch Expert:inneninterviews in Beratungsstellen, die im Feld der Demokratieförderung in Laustadt tätig sind.
- 3 In der Forschung zu rechten Ideologien und Bewegungen gibt es verschiedene Sichtweisen auf Begriffe wie Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus oder extreme Rechte. Birgit Rommelspacher definiert Rechtsextremismus als politische Ideologie, die auf die politische Verfasstheit der Gesellschaft abzielt und auf einer biologistischen Theorie ‚natürlicher‘ Hierarchien beruht (Rommelspacher 2011, 29). Obwohl ich dieser Abgrenzung zustimme, verwende ich im Folgenden für ein solches geschlossenes politisches Einstellungsmuster den Begriff Rechtsradikalismus, der sich trotz seiner weiter bestehenden Schwächen stärker vom Extremismuskonzept abgrenzt (Möller 2016, 133). Insgesamt bleiben beide Begriffe strittig, weil sie suggerieren, dass auch einzelne, damit verbundene Einstellungen Merkmale des ‚extremen‘ oder ‚radikalen‘ ‚Rands‘ seien.

Literaturverzeichnis

- Ahmed, Sara (2004): *Collective Feelings. Or, The Impressions Left by Others*. In: *Theory, Culture & Society* 21/2, 25-42.
- Ahmed, Sara (2014): *The Cultural Politics of Emotion*. London: Routledge.
- Arndt, Susan (2021): *Ostdeutschland inmitten intersektioneller Zukünfte*. In: Ilko-Sascha Kowalczyk u. a. (Hg.): *(Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews*. Teil II – Gegenwart und Zukunft. Berlin/Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 149-169.

- Blickle, Paul u. a. (2015): Gewalt gegen Flüchtlinge. Es brennt in Deutschland. In: Zeit Online, 3.12.2015. URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-11/rechtsextremismus-fluechtlingsunterkuenfte-gewalt-gegen-fluechtlinge-justiz-taeter-urteile>, aufgerufen am 2.12.2022.
- Boßmeyer, Salome (2019): Perspektiven auf Neo-Nationalismus. Einordnungen eines gesamtgesellschaftlichen Phänomens im Schnittfeld von Kirche und Politik. Humboldt-Universität zu Berlin [unveröffentlichte Masterarbeit am Institut für Europäische Ethnologie].
- Bürk, Thomas u. a. (2012): Stigmatisation of Cities. The Vulnerability of Local Identities. In: Raumforschung und Raumordnung 70, 337-347.
- Cremer, Hendrik (2017): Verbreitung rassistischen Gedankenguts – Meinungsfreiheit hat Grenzen. In: Wissen schafft Demokratie 1/2, 139-147.
- Eitel, Hannah (2019): Sorgen auf Sächsisch. Zur Verharmlosung des Rechtsrucks in Sachsen und Deutschland. In: Barbara Dunkel u. a. (Hg.): Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen. Sammelband zur gleichnamigen Konferenz am 9. und 10. Juni 2017, TU Berlin. Berlin, 141-162.
- El-Tayeb, Fatima (2016): Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.
- Foucault, Michel (2006): Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesungen am Collège de France 1977/1978. Berlin: Suhrkamp.
- Fröschner, Joschka/Jakob Warnecke (2019): Dynamiken rechter Formierung. Potsdam: Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus.
- Goel, Urmila (2010): Westprivilegien im vereinten Deutschland. In: telegraph 121, 8-15.
- Hauke, J. Cash (2019): Rechte Identitätspolitik und ‚der Osten‘. Eine Analyse aus intersektionaler Perspektive. In: Friedrich Burschel (Hg.): Autoritäre Formierung. Der Durchmarsch von rechts geht weiter. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 46-59.
- Häusler, Alexander (2008): Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten. In: ders. (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: Springer VS, 37-51.
- Häusler, Alexander (2021): Von Rechtsaußen in die Mitte? Politische Gelegenheitsstrukturen des völkisch-autoritären Populismus in Deutschland. In: Johannes Schütz u. a. (Hg.): Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten. Köln: Böhlau, 61-77.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: Feministische Studien 36/2, 357-366.
- Kalb, Don (2011): Introduction. Headlines of Nation, Subtexts of Class. Working-Class Populism and the Return of the Repressed in Neoliberal Europe. In: ders./Gábor Halmai (Hg.): Headlines of Nation, Subtexts of Class. Working-Class Populism and the Return of the Repressed in Neoliberal Europe. New York: Berghahn Books, 1-36.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung. In: Sezession 76, 42-44.
- Messerschmidt, Astrid (2009): Antirassistische Bildungsarbeit zwischen Entnormalisierung und Rassismuskritik. In: Stephan Bundschuh u. a. (Hg.): Holzwege, Umwege, Auswege – Perspektiven auf Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Düsseldorf: IDA e. V., 16-21.
- Möller, Kurt (2016): Rechtsextremismus und pauschalisierende Ablehnungen. Alte Probleme mit neuen Herausforderungen. In: Wolfgang Frindte u. a. (Hg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Wiesbaden: Springer VS, 131-147.
- Quent, Matthias (2021): Was ist neu in der Mitte? In: Johannes Schütz u. a. (Hg.): Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten. Köln: Böhlau, 229-242.
- Raab, Michael/Heike Radvan (2020): Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung? Ergebnisse eines Forschungsprojektes. In: MIKOWA Arbeitspapiere 1. Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg.
- Rommelspacher, Birgit (1998): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. 2. Auflage, Berlin: Orlanda.
- Rommelspacher, Birgit (2011): Was ist eigentlich Rassismus? In: Claus Melter/Paul Mecheril (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach im Taunus: Wochenschau, 25-38.
- Sellner, Martin (2017): Die Macht der Gewaltlosigkeit. In: Sezession 76, 56-59.
- Shoshan, Nitzan (2016): The Management of Hate. Nation, Affect and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany. Princeton University Press.
- van Dyk, Silke/Johannes Schütz (2021): Ökonomische Notwehr oder autoritäre Wende? Ein Interview zu den Kontroversen um das Erstarren der Neuen Rechten in Europa. In: Johannes Schütz u. a. (Hg.): Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten. Köln: Böhlau, 143-157.

